

19. Juli 2008

Leserbriefe

Bahnausbaupläne

Verlärmung der Region

Zur Entscheidung im Ettenheimer Gemeinderat, die Ausbaupläne der Bahn mit der bahnparallelen Trasse zu unterstützen.

Sollte diese Trassenführung wirklich so kommen, wie sich mehrheitlich der Ettenheimer Gemeinderat dazu bekannt hat, dann wäre das für Ettenheim-West und Altdorf-West eine Katastrophe. Die Strecke zwischen Ringsheim und Orschweier wird wegen des Abstandes zur nächsten Wohnbebauung mit Sicherheit



Die Bahntrasse bleibt umstritten und in der Diskussion.
| Foto: dpa

ohne besonderen Lärmschutz gebaut werden. Schon jetzt hört man dort den Zug durch die weite offene Strecke länger andauernd und je nach Wetterlage extrem laut. Dies hat auch der Lärmexperte der Dekra so geäußert. In Zukunft wird hier jedoch etwas entstehen, was die Franzosen aus gutem Grund nicht haben wollten. Geplant ist eine der größten Hauptverkehrsadern Europas. Man stelle sich nun diese Zukunft vor, alle zwei bis drei Minuten ein Zug und die Autobahn sechsspurig. Das bedeutet Dauerlärm.

Den Güter-Transitverkehr durch Städte und Gemeinden zu leiten, kann doch nicht als moderne zukunftssträchtige Lösung angesehen werden. Schon aus Sicherheitsgründen müssten Güter- und Personenverkehr getrennt laufen. Wir brauchen ein ganzheitliches Verkehrskonzept, das einer zukünftigen Entwicklung von gigantischen Warenströmen und ständig wachsendem Personenverkehr standhält. Und dies lässt sich eben auf einer 130 Jahre alten Strecke nicht sinnvoll lösen. Da muss man neue Wege gehen, damit dieses Jahrhundertprojekt ohne eine totale Verlärmung des Rheintals bewerkstelligt werden kann, das heißt mit fortschrittlicher Technik einen bestmöglichen Umweltschutz gewährleisten. Dazu ist es unbedingt notwendig, dass die Regionalpolitik nicht gegeneinander sondern zielführend zusammenarbeitet. Am Ende könnte ohne weiteres eine Lösung stehen, bei der alle Beteiligten eine Verbesserung – sogar der bereits vorhandenen – Umweltbelastungen erfahren. Es darf keine neuen Betroffenen geben. Dies ist machbar, man muss es nur wollen.

Landrat Brodbeck hat hierzu interessante Vorschläge gemacht. Auch modern denkende Unternehmer wie Herrenknecht erkennen das Problem. Großer Flächenverbrauch und fehlende Güter-Regionalanbindung sind Scheinargumente, denn auch die Paralleltrasse erfordert mehr Fläche und für gewerbliche Gleisanbindungen würde die bisherige Streckenführung immer noch zur Verfügung stehen. Dass eine betriebliche Werbung eine Verlärmung ganzer Wohngebiete von mehreren 1000 Menschen rechtfertigen soll, ist mehr

als zynisch. Immer mehr bekommt man den Eindruck, dass die Gesundheit der Bürger rücksichtslos dem Mammon geopfert wird. Jeder Regionalpolitiker sollte einmal die finanziellen Schäden hochrechnen, die bei akuter Verlärmung allein bei Immobilien und Grundstücken entstehen.

Gute Regionalpolitik und wachsame Bürger sind jetzt gefragt, bevor der Zug abgefahren ist und durch Billiglösungen das Rheintal endgültig zerstört wird.

Brigitte Ohnemus, Mahlberg

ZWECKVERBAND DYN A 5

Zu viel Häme

Zum Leserbrief von Thomas Herr (Ettenheim), BZ vom 16.Juli.

Ich bin erschüttert über die Häme, mit der Thomas Herr in seinem Leserbrief über Horst Queck und Erik Frey her fällt. Dass diese mit ihrem Antrag auf einen Sitz der "Bürgerinitiative Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg" (BI- GP) im DYN A 5-Zweckverband im Ettenheimer Gemeinderat unterlagen, ist bekannt. Sie hatten jedoch das Recht, diesen Antrag als Bürger zu stellen, auch wenn die BI-GP selbst diesen nicht anstrebte. Das hätte übrigens der breiten Ablehnungsfront im Gemeinderat längst vorher bekannt sein können, wenn sie die BI-GP vorher mal selbst befragt hätte.

"Posse der Ettenheimer Stadtgeschichte"? Herr Herr hat offenbar völlig vergessen, dass nicht zuletzt dank der Zivilcourage der Herren Queck und Frey ein Bürgerbegehren gegen die Errichtung eines Biomasseheizkraftwerkes in unserer Raumschaft vorläufig verhindert wurde. Da mögen sich die meisten Stadträte einschließlich des Ettenheimer Bürgermeisters noch so irritiert die Augen gerieben haben: Die Bevölkerung hat nun mal mit eindrucksvoller Mehrheit anders und sachlich entschieden. Möge bitte niemand weiter behaupten, dies hätte an unzureichenden Informationen gelegen, gar Stimmungsmache. Im Gegenteil: Die Stadt Ettenheim gab für höchst einseitige Reklame extra rund 30 000 Euro aus, veranstaltete mehrere gesteuerte Informationsabende. Die BI- GP dazu aufzufordern, wer in ihrem Namen sprechen darf, halte ich für völlig überflüssig. Sie hat meines Wissens einen gewählten Vorstand, der sich auch äußert, wenn er gefragt wird. Herr Herr polemisiert: "Wir sind gespannt", schreibt er, ob die Aussage der BI-GP ernst gemeint sei, dass Queck und Frey als normale Bürger gehandelt haben. Wer ist "wir"? Das unterlegene Drittel der Bürger, die unbedingt ein Biomasseheizkraftwerk am falschen Standort haben wollte, weil es vielleicht ehemals der eine oder andere Bürgermeister ohne öffentliche Kenntnis versprochen hatte? Es ist nach meinem Eindruck nichts Neues, dass der BI- GP immer wieder unterstellt wird, "mit sachlicher Arbeit... gar nichts zu tun" zu haben. Mich regt das als betroffenen Bürger auf. Welche Interessen vertritt Herr Herr eigentlich? Die der Menschen oder die eines bekanntlich bislang wenig rücksichtsvollen Unternehmens mit Ellenbogen?

Michael Masson, Orschweier

Legitimation nicht nötig

Oft genug haben Erik Frey und ich mittlerweile richtiggestellt, dass unser Antrag als Vorschlag für ein Modell der Bürgerbeteiligung in Sachen DYN A5 zu verstehen ist. Klar sollte auch sein, dass wir keinen Sitz im Zweckverband für uns beantragt haben, sondern stattdessen die BI-GP als einzige interkommunale Bürgervertretung vorschlugen. Dazu brauchte uns niemand zu legitimieren, wie Herr Herr fälschlicherweise anprangert. Bekannt ist mittlerweile auch, dass die BI-GP von diesem Vorhaben Abstand genommen hat. Für uns war aber wichtig, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wie große Teile des Ettenheimer Gemeinderats mit solchen Themen umgehen. Der nach dem Bürgerentscheid in der BZ erschienene Artikel (BI will Sitz im Zweckverband) hat ja schon heftige Reaktionen im Gemeinderat und bei Sympathisanten ausgelöst. Hier geht es nicht um Ettenheim, die Ettenheimer Bürger, sondern um die Machtbewahrung im Amt des Gemeinderats. Den Bürgern wird damit ein schlechter Dienst erwiesen.

Bis heute hat sich (außer der Freien Liste Ettenheim), meines Wissens, niemand vom Ettenheimer Gemeinderat mit dem Vorstand der BI in Verbindung gesetzt, um deren Stellung zu diesem Thema zu erfahren. Ein eingetragener Verein, der sich das bürgerfreundliche Gelingen von DYN A5 zum Ziel gesetzt hat, wird einfach ignoriert. Interessant auch die Beschlussvorlage von Bürgermeister Metz zur Abstimmung des Antrags: Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass das "Gesetz für Interkommunale Zusammenarbeit" bereits in § 2 solche Drittbeteiligung in Zweckverbänden dieser Art vorsieht. Und dass es schon vergleichbare Modelle in Deutschland gibt. Die entsprechende Informationen wurde dem gesamten Gesetzestext per Email verteilt. Diese Info hat man dann als zweiten Antrag dargestellt, mit dem Kommentar, die Antragsteller hätten wohl eingesehen, dass sie mit ihrem ersten Antrag nicht durchkomme. Auch die Auskunft von Notar Boskamp war in dieser Sache nicht zweckdienlich (rechtlich nicht möglich.... das gibt die Satzung der BI nicht her). Eine Satzung kann man ändern. Die Vorgehensweise der großen Mehrheit des Ettenheimer Gemeinderats offenbar nicht. Horst Karl Queck, Ettenheim

Autor: bz